

Stadtverordnetenbüro
Auskunft erteilt: Frau Benz
Berliner Platz 1, 35390 Gießen

Telefon: 0641 306-1033
Telefax: 0641 306-2033
E-Mail: stadtverordnetenbuero@giessen.de

Datum: 19.09.2018

N i e d e r s c h r i f t

der 15. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Sport und Integration
am Mittwoch, dem 12.09.2018,
im Stadtverordnetensitzungssaal, Rathaus, Berliner Platz 1, 35390 Gießen.
Sitzungsdauer: 19:00 - 19:35 Uhr

Anwesende Ausschussmitglieder:

Stadtverordnete der SPD-Fraktion:

Frau Inge Bietz

Frau Nina Heidt-Sommer

Herr Zeynal Sahin

(in Vertretung für Stv. Heimbach)

Stadtverordnete der CDU-Fraktion:

Frau Anja-Verena Helmchen

Herr Hanno Kern

(in Vertretung für Stv. Uelman)

Stadtverordnete der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Frau Christiane Janetzky-Klein

Frau Sandrine Piljanovic

Stadtverordnete der AfD-Fraktion:

Frau Sandra Weegels

Stadtverordnete der Gießener Linke-Fraktion:

Herr Michael Beltz

Stadtverordnete der FW-Fraktion:

Frau Pia Mauthe

Stadtverordnete der FDP-Fraktion:

Herr Dr. Martin Preiß

(in Vertretung für Stv. Dr. Greilich)

Außerdem:

Herr Hilmar Jordan

AfD-Fraktion

Frau Cornelia Mim Gießener LINKE
Herr Prof. Dr. Reichmann AfD-Fraktion

Vom Magistrat:

Frau Dietlind Grabe-Bolz Oberbürgermeisterin
Frau Gerda Weigel-Greilich Bürgermeisterin
Frau Astrid Eibelshäuser Stadträtin

Vom Büro der Stadtverordnetenversammlung:

Frau Simone Benz Schriftführerin

Entschuldigt:

Frau Claudia Heimbach SPD-Fraktion
Herr Randy Uelman CDU-Fraktion
Herr Dr. Klaus Dieter Greilich FDP-Fraktion

Der **Vorsitzende** eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Er stellt fest, dass der Ausschuss beschlussfähig ist. Gegen die Form und die Frist der Einladung und gegen die Tagesordnung werden keine Einwände erhoben. Somit ist die Tagesordnung in der vorliegenden Form beschlossen.

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. Bürger/-innenfragestunde
2. Aufnahme in das Bundesprogramm „Sanierung Sport-, Jugend- und Kultureinrichtungen“ STV/1325/2018
 - Antrag des Magistrats vom 03.09.2018 -
3. Bericht über die Kosten für minderjährige unbegleitete Flüchtlinge (Antrag der FW-Fraktion vom 17.08.2017);
hier: Aussprache zum vorliegenden Bericht des Magistrats vom 28.08.2018 STV/0743/2017
4. Keine Mietpreiserhöhungen bei Sozialwohnungen STV/1327/2018
 - Antrag der Fraktion Gießener LINKE vom 03.09.2018 -
5. Appell an die Hessische Landesregierung STV/1329/2018
 - Antrag der Fraktion Gießener LINKE vom 03.09.2018 -
6. Verschiedenes

Abwicklung der Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. Bürger/-innenfragestunde

Es liegen keine Fragen vor.

2. Aufnahme in das Bundesprogramm „Sanierung Sport-, Jugend- und Kultureinrichtungen“ STV/1325/2018 - Antrag des Magistrats vom 03.09.2018 -

Antrag:

„Die Bewerbung im Rahmen des Bundesprogramms ‚Sanierung Sport-, Jugend- und Kultureinrichtungen‘ für das Projekt ‚Mehrgenerationensport in der Sporthalle an der Grundschule Gießen-West‘ wird unterstützt. Der kommunale Eigenanteil wird in der mittelfristigen Investitionsplanung mit der Entscheidung über den Haushalt 2019 vorgesehen.“

Stadträtin Eibelhäuser spricht zur Begründung der Vorlage.

Auf Nachfrage von **Stv. Beltz**, Gießener LINKE, erklärt **Stadträtin Eibelhäuser**, dass an die Aufnahme in das Bundesprogramm bestimmte Bedingungen geknüpft seien. Die Auswahl der Sporthalle der Grundschule Gießen West sei erfolgt, da diese alle geforderten Kriterien erfülle und man somit größere Chance auf eine Bewilligung habe.

Beratungsergebnis: Einstimmig zugestimmt.

3. Bericht über die Kosten für minderjährige unbegleitete Flüchtlinge (Antrag der FW-Fraktion vom 17.08.2017); STV/0743/2017 hier: Aussprache zum vorliegenden Bericht des Magistrats vom 28.08.2018

Der Bericht des Magistrats vom 22.8.2018 liegt den Anwesenden vor. (Er ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.)

An der Aussprache beteiligt sich die Stadtverordnete Mauthe.

Beratungsergebnis: Zur Kenntnis genommen.

4. **Keine Mietpreiserhöhungen bei Sozialwohnungen**
- Antrag der Fraktion Gießener LINKE vom 03.09.2018 -

STV/1327/2018

Antrag:

„Die Stadtverordnetenversammlung fordert den Magistrat auf, sich bei der Wohnbau GmbH und der GWH dafür einzusetzen, dass bei den Sozialwohnungen in deren Bestand, bei denen in diesem und im nächsten Jahr die Sozialbindungen enden, die Miete in den nächsten drei Jahren nicht erhöht wird und sie bezahlbar bleibt.“

Begründung:

Die Erfolgsmeldung der Oberbürgermeisterin zusammen mit der für den Wohnungsbau zuständigen hessischen Ministerin Priska Hinz (Grüne) von Anfang August, dass bei 81 Sozialwohnungen in Gießen die Belegungsrechte verlängert und somit die Mieten dort nicht erhöht würden, ist nur die halbe Wahrheit. Die OB verschweigt, dass in diesem Jahr nicht allein diese 81, sondern weitere 253 Sozialwohnungen in Gießen aus der Sozialbindung fallen werden, und zwar bei der Wohnbau GmbH sind das 133 und bei der GWH Wohnungsgesellschaft mbH (GWH) 112 Sozialwohnungen. (Quelle: Prüfbericht des Landesrechnungshofes ‚Kommunaler Wohnungsbau‘ 2018, S. 164)

In der Erfolgsmeldung der Oberbürgermeisterin zu den 81 Wohnungen (G. Anz. 2. 8. 18) ist auch zu lesen, welche Folgen der Wegfall der Sozialbindung gehabt hätte: „Statt einer stufenweisen Anhebung des Quadratmeterpreises bis auf 7,80 Euro in den kommenden drei Jahren bleiben die Preise bei 4,33 bis 5,25 Euro je Quadratmeter, verdeutlichte Sabine Germeroth.“ (von der Wohnbau)
Deshalb ist für die restlichen 133 Sozialwohnungen bei der Wohnbau solch eine Mietsteigerung zu befürchten, ähnliches gilt für die 112 Wohnungen der GWH.

Stv. Mim, Gießener LINKE, verliest Antragstext und Begründung.

Stv. Bietz, SPD-Fraktion erklärt, ihre Fraktion werde den Antrag ablehnen. Da in der Begründung viele Falschaussagen enthalten seien, schlage sie vor, Herrn Thies, Geschäftsführer der Wohnbau Gießen GmbH, zur nächsten Sitzung des Ausschusses einzuladen, um die Ausschussmitglieder anhand einiger Fallbeispiele zu informieren.

Mit diesem Vorschlag sind die übrigen Mitglieder des Ausschusses einverstanden.

Oberbürgermeisterin Grabe-Bolz äußert, es werde hier der Eindruck erweckt, dass bei der Wohnbau Gießen GmbH ständig Mieterhöhungen anfallen. Dies sei nicht der Fall. In den wenigsten Fällen werde nach Wegfall der Mietpreisbindung die Miete erhöht. Außerdem macht Sie deutlich, dass bei Wohnungen die aus der Mietpreisbindung fallen, selbstverständlich die Regelungen zur Mietpreiserhöhung nach BGB. greifen (in Gießen max. 15 % in 3 Jahren).

An der weiteren kurzen Aussprache beteiligen sich die Stadtverordneten Mim, Bietz und Dr. Preiß.

Beratungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt (Ja: LINKE; Nein: SPD, CDU, GR, FW, FDP; StE: AfD).

**5. Appell an die Hessische Landesregierung STV/1329/2018
- Antrag der Fraktion Gießener LINKE vom 03.09.2018 -**

Antrag:

„Die Stadtverordnetenversammlung appelliert an die Hessische Landesregierung und hier besonders an die für den Wohnungsbau zuständige Ministerin Priska Hinz (Grüne), sich bei der GWH Wohnungsgesellschaft mbH dafür einzusetzen, dass bei den Wohnungen im Bestand der GWH, die in diesem und nächstem Jahr aus der Sozialbindung fallen, die Mietpreise die nächsten Jahre nicht erhöht werden und die Wohnungen bezahlbar bleiben.“

Begründung:

Die GWH Wohnungsgesellschaft mbH (GWH) gehört zu 100 % der Landesbank Hessen-Thüringen (Helaba). Die Helaba gehört u. a. zu fast 70 % den Sparkassen und zu 8,1 % dem Land Hessen, sie ist also vollständig im öffentlichen Besitz.

Die GWH verfügt über einen Bestand von rund 50.000 Wohnungen, die meisten davon in Hessen.

Wenn die Hessische Landesregierung sich im Sinne des Antrages bei der GWH einsetzen würde, könnte das durchaus Wirkungen zeigen.

Da zurzeit in Hessen deutlich mehr Sozialwohnungen aus der Sozialbindung fallen als neue bezahlbare gebaut werden, müsste auch die Hessische Landesregierung ein großes Interesse daran haben, dass die soziale Preisbindung erhalten bleibt.

Eine Mietpreisbindung bei der GWH wäre auch für Gießen sehr wichtig. Denn in diesem Jahr fallen im Gießener Bestand der GWH 112 Wohnungen aus der Sozialbindung und 2019 weitere 61 Wohnungen. Die zu erwartenden Mietpreiserhöhungen bei der GWH in Gießen müssen verhindert werden, damit die Mieten einigermaßen bezahlbar bleiben.

Stv. Mim, Fraktion Gießener LINKE, verliest Antragstext und Begründung.

Stv. Bietz, SPD-Fraktion, verweist auf ihre Argumentation zur Ablehnung des vorherigen Antrages. Ihre Fraktion werde diesen Antrag aus den gleichen Gründen ablehnen.

Beratungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt (Ja: LINKE; Nein: SPD, CDU, GR, AfD, FW, FDP).

6. **Verschiedenes**

Stadtverordnete Janetzky-Klein, Bündnis 90/Die Grünen, weist darauf hin, dass am 27.09.2017, 7:00 Uhr, der Staffellauf von Gießen nach Winchester startete.

Vorsitzender teilt mit, dass die nächste Ausschusssitzung am 31.10.2018, 19:00 Uhr stattfindet.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt der **Vorsitzende** die Sitzung mit einem Dank für die Mitarbeit der Anwesenden.

DER VORSITZENDE:

(gez.) S a h i n

DIE SCHRIFTFÜHRERIN:

(gez.) B e n z